

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2019026

Absender / Institution: Hamburg muss handeln

Themenschwerpunkt: Umwelt

Vorschlag zuständiger Listenkandidat: Anna von Treuenfels

Fragen

1. Welchen Stellenwert hat die Klimapolitik in Hamburg für Ihre Partei?

Der Schutz des Klimas ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit, aber auch eine große Chance. Wenn wir anfangen radikal konsequent zu sein. Wir Freien Demokraten wollen den Null-CO₂-Ausstoß so schnell es geht. Das schaffen wir nur gemeinsam.

Auf europäischer und Bundesebene wollen wir einen festen CO₂-Deckel und mit einem Klimakonzept, das die CO₂-Nutzung und -Speicherung fördert. Um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen, wollen wir ein strenges CO₂-Limit, das von Jahr zu Jahr verbindlich weiter sinkt. Wir machen so Druck für den Wandel. Dadurch können innovative Technologien entstehen, die wir auch weltweit zum Schutz des Klimas einsetzen und vermarkten können.

Der Staat gibt ein Reduktionsziel vor. Wie das Einsparziel am besten erreicht wird, soll aber nicht der Staat sondern die Bürger und Unternehmen bestimmen. Denn Ingenieure, Wissenschaftlerinnen und Unternehmen wissen besser, wie man umweltfreundliche Technologien möglichst kostengünstig entwickelt und einsetzt.

2. Wie bewerten Sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel? (UNO Weltklimarat, IPCC, ScientistsForFuture, Klimarat der Bundesregierung). Wollen Sie sich in Ihren Entscheidungen an der Wissenschaft ausrichten?

Die Klimaforschung der letzten Jahrzehnte hat uns gezeigt, dass der derzeitige Klimawandel eben nicht allein durch natürliche Ursachen und Schwankungen erklärbar ist, sondern dass der Mensch durch Emissionen, insbesondere CO₂, massiv zum Treibhauseffekt beiträgt. Wissenschaftliche Debatten über Details von einzelnen Studien und Messergebnissen sowie unterschiedliche Prognosen über die konkreten Klimawandelfolgen ändern nichts an der Tatsache, dass die Menschheit den CO₂-Ausstoß massiv reduzieren muss.

Von Mindermeinungen abgesehen gibt es in Europa kein Erkenntnisproblem, dass es einen Klimawandel gibt. Die Herausforderung ist eher, eine Einigung über die Maßnahmen zu erzielen, um den CO₂-Ausstoß zu senken.

Politik sollte stets wissenschaftliche Erkenntnisse bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen. Gerade die FDP als Partei des Liberalismus und der Aufklärung hat den Anspruch auf wissenschaftliche Vernunft und weniger auf tagespolitische Trends und Emotionen zu setzen.

3. Welche grundsätzlichen Klimaschutz-Positionen vertreten Sie auf Hamburg bezogen?

Die wesentlichen Entscheidungen in der Klimapolitik werden in einem globalen, zumindest europäischen Rahmen getroffen, den Hamburg nicht direkt beeinflussen kann. Hamburg kann jedoch die Bundesregierung bei der Umsetzung der Klimaschutzziele unterstützen und begleiten. Das Land Hamburg sollte dabei vermeiden, Berliner Vorgaben einfach zu verschärfen und kleinteilige auf Hamburg bezogene technische Vorgaben zu machen.

Hamburgs wirkliches Potential im Klimaschutz liegt an ganz anderer Stelle: Als Forschungs- und Industriestandort hat Hamburg das Zeug zum Innovationsstandort Nr 1 bei Klimaschutztechnologien zu werden. Durch Investitionen in Forschung und praktischer Anwendung vor Ort kann die „Klimakrise“ so für Hamburg zur echten Chance werden.

Die Stadt und ihre Unternehmen können selbst handeln und Vorbild bei der CO₂-Einsparung z.B. bei der Dämmung öffentlicher Gebäude sein. Weitere Möglichkeiten bestehen durch Förderung eines attraktiven ÖPNVs im Verbund mit den Nachbargemeinden, Investitionen in Verkehrsleittechnik und umweltfreundlicher Fahrzeugtechnik bei Bussen und kommunalen Fahrzeugen.

Vor allem wird es in Hamburg aber um die Klimafolgenanpassung gehen, sowohl im Katastrophenschutz als auch bei der Entsiegelung von Flächen, einem Wärmemanagement oder Entwicklung klimaresistenter Bepflanzung.

4. Wie bewerten Sie das Engagement der Klimaschutzbewegung und der dort aktiven Organisationen und Initiativen (ForFuture, Extinction Rebellion, FossilFree, Umweltverbände)?

Politik hat seit Jahrzehnten kein Erkenntnisproblem, sondern ist vielmehr in einem Dilemma, verschiedene Interessen und gesellschaftliche Ziele abzuwägen. Insbesondere international ist es schwer, gemeinsame verbindliche Ziele zu treffen. Genau das ist jedoch in einer globalisierten vom Freihandel geprägten Welt entscheidend, um dauerhaft effektiven Klimaschutz betreiben zu können. Global sind Bewegungen wie FFF deswegen vor allem eine große Chance, um in den Ländern, in denen es noch keine so ausgeprägte Klimaschutz- und Umweltpolitik gibt, einen Gesinnungswandel in der jeweiligen Gesellschaft und Politik befördern, um eine gemeinsame globale Klimaschutzpolitik zu ermöglichen.

In Deutschland könnte durch das Erstarken der Umweltbewegung im Bereich Klimaschutz eine große Chance sein, dass sich Menschen ihres persönlichen Einflusses auf die CO₂-Emissionen stärker bewußt werden und ihre tägliche Leben entsprechend anpassen (Reduzierung des persönlichen CO₂-Abdrucks).

Kritisch sehen wir als Liberale, dass einige wenige versuchen, den medialen Erfolg der Klimaschutzbewegung zu nutzen, um ihre Vorstellungen einer teils totalitären Wirtschafts- und Gesellschaftsform zu etablieren. Gewalt, Mobbing, Aufrufe zu undemokratischem Verhalten und Forderungen nach autoritären Strukturen im Dienste einer „guten Sache“ wie dem Klimaschutz lehnt die FDP strikt ab. Genauso wenig darf es jedoch dazu kommen, dass durch das Verhalten einiger weniger, eine auf der Basis der FDGO handelnde und gesellschaftlich wertvolle Bewegung wie die Klimaschutzbewegung insgesamt diskreditiert wird. Deshalb gilt: Auch wenn wir einige Forderungen von FFF für den Klimaschutz kontraproduktiv halten und evtl. miteinander um die richtigen Mittel streiten werden, sehen wir die aktuelle Klimaschutzbewegung als Bereicherung der Umweltpolitik.

5. Wie sehen Sie die gegenwärtige Stimmung in der Bevölkerung zu diesem Thema? Wie wird sie sich Ihrer Ansicht nach entwickeln und wie wird das Ihre Politik beeinflussen?

Die FFF-Bewegung hat das Bewusstsein für Klimafragen in der Bevölkerung geschärft. Gleichzeitig haben extreme Forderungen im Klimaschutz und Endzeitstimmung zu Verunsicherungen und Gegenreaktionen geführt. Wichtig ist, dass das Klimaschutzthema als Chance begriffen wird und die Gesellschaft nicht spaltet. Wie sich diese Stimmung wird lässt sich nicht absehen.

Klar ist: Wir müssen schon heute handeln. Klimapolitik wird jedoch Jahrzehnte benötigen, um die Ziele nachhaltig erreichen zu können. Wer wie die FDP dauerhaften Klimaschutz will muss also Mechanismen entwickeln, die auch dann tragen, wenn Steuereinnahmen nicht mehr sprudeln oder wenn andere Themen in den Vordergrund treten. Wir brauchen deswegen einen Konsens über Maßnahmen über Parteigrenzen hinweg. Das Angebot der FDP dabei ist Forschung & Innovationskraft der Menschen sowie der Emissionshandel. Unser Ziel ist Klimaschutz. Der Weg ist Innovation.

6. Ist Ihnen bewusst, dass der Klimawandel die Weltexistenz der Menschheit und ihren bisher erreichten kulturellen und materiellen Stand, sowie die Existenz aller Ökosysteme grundlegend bedroht?

Ja. Neben der Lebensmittelversorgung einer steigenden Weltbevölkerung, sauberem Wasser, Kriegen und Armut ist der Klimawandel derzeit eines der größten Herausforderungen der Menschheit. Dennoch sollten wir nicht von „Notstand“ sprechen, der alle Mittel heiligt, sondern ruhig und besonnen reagieren. Denn wir haben als Industrie- und Innovationsland alle Chancen gemeinsam mit anderen diese Herausforderung zu meistern.

7. Können Sie erkennen, dass Klimaschutz als globales Thema eine andere Politik gegenüber den armen Ländern erfordert? Inwiefern hat das Einfluss auf Ihre politische Arbeit?

Deutschland muss nicht nur in Europa, sondern auch weltweit stärker mit anderen Ländern kooperieren, ob „arm“ oder „reich“. Klimaschutz kann eine win-win Situation werden. Etwa bei der Aufforstung degradierter Flächen, der nachhaltigen Gewinnung von Rohstoffen- auch für die Energiewende und Zusammenarbeit beim Aufbau einer neuen erneuerbaren Energieversorgung.

Will Deutschland als Industrieland bestehen und gleichzeitig klimaneutral werden, wird es erneuerbare Kraftstoffe, wie kohlenwasserstoffbasierte E-Fuels, Wasserstoff oder Strom benötigen. Die Windkraft aus Norddeutschland wird dafür ein Baustein sein, aber bei weitem nicht ausreichen. Ohne Import von Energie und erneuerbaren Kraftstoffen, die in anderen Teilen der Welt produziert werden, werden wir nicht auskommen. Auch genau das kann eine Chance sein für Hamburg als Deutschlands Tor zur Welt genauso wie für Deutschlands Partnerländer auf der Welt.

8. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass notwendige drastische Maßnahmen zum Klimaschutz sozial verträglich gestaltet werden?

Lebenshaltungskostensteigerungen durch Klimaschutzmaßnahmen müssen bei der Anpassung der Wohngeld- und Hartz IV-Sätze berücksichtigt werden. Vergessen werden darf jedoch nicht: Sozialverträglichkeit ist nicht nur eine Frage für Menschen die auf Sozialleistungen angewiesen werden, sondern auch für Gering- und Normalverdiener, welche bereits jetzt durch Sozialabgaben und Steuern (Stichwort: kalte Progression) belastet werden.

Die FDP ist für eine schonungslose Transparenz bezüglich der Kosten und Nutzen einzelner klimapolitischer Maßnahmen. Es wird darum gehen, möglichst viel Klimaschutz für das eingesetzte

Geld bzw. die Zumutungen an die Bürger zu bekommen. Ehrlichkeit über die Kosten ist keine Panikmache, sondern Grundlage dafür, dass Klimapolitische Maßnahmen über ihre Ankündigung hinaus langfristig akzeptiert und wirksam werden.

Wir setzen deshalb vor allem auf die schnelle Ausweitung bestehender marktwirtschaftlicher Instrumente wie dem Emissionshandel auf möglichst viele Bereiche. Bisherige teure Regulierungen wie die EEG-Aufschläge, und die CO₂-unabhängigen Strom- und Mineralölsteuern könnten im Gegenzug abgeschafft werden und die Menschen entlasten.

9. Fühlen Sie sich gegenüber den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die FridaysForFuture tragen und um ihre Zukunft bangen, persönlich verantwortlich? Was sagen Sie ihnen?

Ich finde es großartig, wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sich politisch engagieren und für ihre Meinung eintreten.

Auch wenn der Klimawandel eine große Herausforderung ist, muss sich Hamburgs Jugend keine Angst um ihre Zukunft machen. Wir müssen nur gemeinsam die notwendigen Schritte machen in der Klimapolitik, und zwar nicht nur heute, sondern die nächsten Jahrzehnte. Dafür werden engagierte Bürger gebraucht und viele Ingenieur. Es lohnt sich also, über das aktuelle politische Engagement hinaus auch beruflich daran mitzuarbeiten, z.B. als Ingenieur oder Wissenschaftler.

Forderungen von Fridays for Future Hamburg

Wir fordern von Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg:

1. Die Aufteilung des CO₂-Gesamtbudgets, über das die Stadt bis zum Jahr 2035 noch verfügt, auf die Verantwortungsbereiche der einzelnen Behörden.
2. Eine umfangreiche finanzielle und personelle Stärkung der Umweltbehörde.
3. Ein Vetorecht für die Umweltbehörde gegen Entscheidungen anderer Behörden, sofern diese im Widerspruch zur Klimaneutralität Hamburgs bis zum Jahr 2035 stehen.
4. Quartalsweise Berichte des Hamburger Senats bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise.
5. Den fachübergreifenden Einbezug der Klimakrise, sowie von Themen der Ökologie und Nachhaltigkeit in die Bildungspolitik Hamburgs

Im Themenfeld der Energie fordern wir:

1. Den Umstieg auf 100% erneuerbare Energieerzeugung und -versorgung bis spätestens zum Jahr 2035.
2. Die Abschaltung aller Kohlekraftwerke, die in Hamburg liegen oder über die Hamburg verfügt bis spätestens zum Jahr 2025.
3. Einen umfangreichen Ausbau der Solarenergie in Hamburg.

Im Themenfeld des Verkehrs fordern wir:

1. Den wesentlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, in Verbindung mit einer Preisreduktion auf einen Euro pro Tag im Rahmen eines Jahrestickets.
2. Einen klimaneutralen öffentlichen Personennahverkehr ab dem Jahr 2030.
3. Den Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur durch die sofortige Umsetzung des Radentscheides.
4. Die Befreiung der Innenstadt von motorisiertem Individualverkehr.
5. Den sofortigen Beginn der Reduktion des in Hamburg abgefertigten Flugverkehrs mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035.
6. Die exklusive Abfertigung klimaneutraler Schifffahrt im Hamburger Hafen ab dem Jahr 2035.

Im Themenfeld der Stadtentwicklung fordern wir:

1. Die energetische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes bis zum Jahr 2035.
2. Eine umfangreiche Förderung von nachhaltigen Heizsystemen.
3. Eine Priorisierung des Bestandsschutzes gegenüber Neubauten sowie die Förderung des Einsatzes von nachhaltigen und klimafreundlichen Bausubstanzen.
4. Die Festlegung energetischer Standards für Neubauten, die mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 vereinbar sind.

Zu den Forderungen 1 und 2: Nein.

Es ist zwar sinnvoll, wenn jede Behörde Verantwortung für Klimaschutz wahrnimmt. Jedoch sind die Sektoren unterschiedlich stark betroffen und eine starre Vorgabe von Planzielen (wie in jeder Planwirtschaft) nicht wirklich effektiv. Zudem ist der Preis für die Reduktion von CO₂ je nach Bereich und Maßnahme unterschiedlich hoch. Um möglichst bald möglichst viel CO₂ einzusparen, wäre es daher sinnvoll, zunächst unabhängig vom „Sektor“ die günstigsten Maßnahmen und die Maßnahmen, welche am schnellsten große Einsparungen erzielen können, anzugehen und danach schrittweise auch die teureren und weniger effizienten Maßnahmen anzugehen.

Um die Haushaltsdisziplin zu wahren und auch kommenden Generationen ausreichend finanziellen Spielraum zu garantieren, ist die FDP sehr restriktiv bei der Schaffung von neuen Stellen, da sie jahrelange Folgekosten beinhaltet. Stellen dürfen deshalb nur aufgrund einer konkreten Zielsetzung geschaffen werden. Einer pauschalen Forderung nach mehr Stellen für die BUE ohne konkrete Zielsetzung steht die FDP deswegen kritisch gegenüber.

Zur Forderung 3: Nein.

Wir haben sowohl grundsätzliche als auch praktische Bedenken gegenüber einer Vetomacht der BUE. Zwar hat Umweltschutz einen hohen Stellenwert. Jedoch gilt es in einer Demokratie immer, verschiedene Interessen gegeneinander abzuwägen und einen Ausgleich zu finden. Das spiegelt sich auch im Kollegialprinzip des Senates wider. Ein Vetorecht der BUE gegenüber anderen Behörden würde dieses Prinzip aushebeln und die BUE zu einer allmächtigen Behörde machen. Autoritäre Strukturen lehnen wir Liberalen entschieden ab, auch für eine „gute Sache“.

Da eine „Klimaneutralität“ bis 2035 wahrscheinlich nicht realistisch umsetzbar ist, würde die Vetomacht zudem auch praktisch zu einer Dauerblockade von Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik führen.

Zu Forderung 4: Ja.

Einer Berichtspflicht über die Zielsetzungen der Umweltpolitik erscheint der FDP sehr sinnvoll. Jedoch ist zu bedenken, dass gerade in der Umweltpolitik der Senat jahrelang keine Berichte vorgelegt hat und in der Klimapolitik sehr schwammige Ziele formuliert hat. Auch der neue Klimaplan macht bei Einzelmaßnahmen selten konkrete Zielvorgaben. Deswegen sind wir skeptisch, ob ein Monitoring durch den Senat derzeit einen großen Erkenntnisgewinn für die Öffentlichkeit bringen wird. Als Einstieg könnte man eine jährliche Berichtspflicht einführen.

Zu Forderung 5: Ja.

Die FDP begrüßt es, wenn durch eine stärkere Berücksichtigung der Themen Ökologie und Nachhaltigkeit in der Bildung eine breitere Allgemeinbildung und Versachlichung der Debatte im Bereich Klimaschutz gefördert wird. Andererseits sind Themen der Ökologie und Nachhaltigkeit bereits seit langem fester Bestandteile der Bildungspläne von Hamburg.

Zudem werden Lehrkräfte in ihrer Didaktikausbildung angehalten, aktuelle Themen, welche die Lebenswirklichkeit der Schüler abbilden (Prinzip der Aktualität und der Schülerinteressenorientierung), besonders zu berücksichtigen und auch fächerübergreifend zu unterrichten. Deswegen sollte eigentlich jetzt schon Ökologie und Nachhaltigkeit eine ausreichende Berücksichtigung in der Bildung finden.

Politik sollte sich davor hüten aus aktuellen Anlässen heraus in die konkrete Ausgestaltung von Unterrichtseinheiten einzugreifen und die Unterrichtsgestaltung den Fachleuten (in diesem Fall den Lehrern bzw. den Lehrerseminaren) überlassen. Sollten Defizite in der Lehrerausbildung erkannt werden, wäre jedoch vorstellbar, noch mehr Fortbildungsangebote für diese Bereiche anzubieten.

Zu Forderung 1 (Energie): Nein.

Die Forderung ist nachvollziehbar und grundsätzlich unterstützenswert, aber angesichts des enormen Energiebedarfs an Strom, Wärme und Kraftstoffen in der Metropolregion Hamburg nicht umsetzbar.

Zu Forderung 2 (Energie): Nein.

Staatliche Vorgaben für die Abschaltung einzelner Kohlekraftwerke halten wir weder auf Bundes- noch auf Landesebene für sinnvoll. Die Emissionen der Kraftwerke sind bereits im Emissionshandel enthalten.

Eine vorzeitige Abschaltung des modernen Kraftwerks Moorburg wäre sowohl umweltpolitisch als auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv, da die Energie derzeit noch nicht durch andere Kraftwerke abgedeckt werden kann.

Eine möglichst baldige Abschaltung des veralteten Wärmekraftwerks Wedel halten wir hingegen für sinnvoll. Eine Auskoppelung der Wärme von Moorburg für das Fernwärmenetz würde nicht nur die CO₂-Emissionen reduzieren, sondern würde auch die Fernwärmeerzeugung wegen weniger Luftschadstoffen umweltfreundlicher machen.

Zu Forderung 3 (Energie): Im Prinzip Ja.

Moderne Solarenergie könnte einen größeren Beitrag zur erneuerbaren Stromgewinnung und Warmwassergewinnung leisten. Dazu müsste Solarstrom jedoch attraktiver werden und die Netze ertüchtigt werden. Ideologiegetriebene technische Bauvorgaben für Neubauten, wie etwa die geplante solare Baupflicht sind dagegen kontraproduktiv, da sie nur Bürokratie und Baukosten steigern. Sinnvoll wäre hingegen eine Entbürokratisierung, wie etwa die Befreiung von selbst verbrauchtem Solarstrom von der EEG-Umlage. Das würde nicht nur Solarstrom auf dem eigenen Haus attraktiver machen, sondern auch die Stromnetze entlasten.

Zu Forderung 1 (Verkehr): Nein.

Wir unterstützen einen Ausbau des ÖPNV sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße. Ein 365€ Ticket lehnen wir jedoch vorerst ab, da wir das Geld für den Ausbau des ÖPNV benötigen. Hauptanreiz für den Umstieg auf den ÖPNV ist nicht der Preis, sondern ein attraktives Angebot in Form von einer guten Taktung, sauberen Bussen und Bahnen, zuverlässigen Verbindungen und Anschlüssen auch in der Fläche. Überfüllte Busse und Bahnen werden niemanden in den ÖPNV locken.

Die FDP will eine Tarifreform mit erschwinglichen und verständlichen Tarifen. Diese müssen jedoch im Einklang mit den Partnern in der Metropolregion erfolgen. Denn Emissionen werden wir nicht so sehr in Hamburg selbst, sondern vor allem dadurch gesenkt, indem mehr Pendler aus dem Umland durch ein gutes Angebot auf den ÖPNV umsteigen.

Zu Forderung 2 (Verkehr): Ja.

Die Umsetzung eines klimaneutralen ÖPNV in Hamburg ist unterstützenswert und bis 2030 auch umsetzbar entweder durch entsprechende emissionsfreie Technologien oder übergangsweise durch den Kauf von Zertifikaten. Wichtig wäre neben Technologieoffenheit, dass ein fairer Wettbewerb zwischen Taxen und anderen Mobilitätsanbietern herrscht.

Zu Forderung 3 (Verkehr): Im Prinzip Ja.

Wir teilen viele Forderungen des Radentscheids, wie etwa die Forderung nach sicheren baulich getrennten Radwegen und übersichtlichen Kreuzungen und der Sanierung von Radwegen. Andere Punkte, wie etwa sehen wir derzeit skeptisch. Deswegen werden wir den Radentscheid nicht vollständig und nicht sofort umsetzen.

Zur Ehrlichkeit gehört jedoch auch: Radfahren wird in Hamburg zwar einen kleinen Teil zur Senkung der CO₂-Emissionen beitragen können, der Schlüssel wird jedoch in der Vernetzung der Verkehrsträger und einem attraktivem ÖPNV liegen.

Zu Forderung 4 (Verkehr): Nein.

Wir meinen nicht, dass die Innenstadt von motorisiertem Individualverkehr „befreit“ werden muss. Wir halten Menschen für vernünftig genug, dass sie selbst entscheiden können, wie sie sich fortbewegen wollen, ob nun per Fahrrad, privatem oder geliehenem PKW, Taxi, Bus, Bahn, E-Roller, zu Fuß oder alles miteinander kombiniert.

Autofreie Zonen können lokal unter bestimmten Bereichen eine städtebauliche Bereicherung sein, müssen aber gut durchdacht sein. Sie müssen mit allen Betroffenen (Anwohner, Anlieger, Geschäftsinhaber) abgestimmt sein, dürfen nicht zu Mehrbelastungen durch Ausweichverkehr führen und müssen durch entsprechende ÖPNV Angebote und mit unbürokratischen Ausnahmegenehmigungen (z.B. Handwerker, mobilitätseingeschränkte Bürger) begleitet werden. Die derzeitige Politik, bei der undurchdacht und schlecht vorbereitet autofreie Zonen geschaffen werden, nur um Symbole setzen und Menschen umzuerziehen (z.B. in Ottensen, Rathausviertel) lehnen wir ab.

Zu Forderung 5 (Verkehr): Nein.

Flugverkehr ist eine internationale Angelegenheit. Wir benötigen daher keine Vorschriften zur Reduktion des Flugverkehrs in Hamburg bzw. die Verlagerung des Flugverkehrs nach Amsterdam, Köln oder Kopenhagen, sondern eine Reduktion der Emissionen insgesamt. Der innereuropäische Flugverkehr ist bereits im europäischen Emissionshandel eingebunden. Fluggesellschaften arbeiten deswegen schon entsprechend daran, ihre Emissionen durch verbrauchsärmere Maschinen und klimaneutrale Bio- und E-Fuels zu reduzieren. Sinnvoll wäre, durch entsprechende internationale Verhandlungen auch die weiteren Flüge in diesen Emissionshandel einzubeziehen. Dies kann jedoch nur auf internationaler Ebene mit einem entsprechenden Konsens erfolgen.

Lokal unterstützen wir das Ziel in Hamburg die Bodenabfertigung möglichst „klimaneutral“ zu gestalten. National unterstützen wir den Ausbau der Fernverkehrsverbindungen, z.B. die Fehmarnbeltquerung nach Kopenhagen oder den Ausbau des ICE-Netzes, um eine klimafreundliche Alternative zum Fliegen auf Kurzstrecken zu schaffen.

Zu Forderung 6 (Verkehr): Nein.

Die Schifffahrt ist wie der Flugverkehr international organisiert. Dementsprechend benötigen wir auch hier internationale statt lokale Lösungen, um effizient CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Zu Forderung 1 (Stadtentwicklung): Im Prinzip Ja.

Gerade im Bereich Wärme ließe sich viel CO₂ einsparen. Es wäre deswegen wünschenswert, wenn möglichst viele Gebäude energetisch saniert werden würden. Angesichts des Sanierungsstaus und des Fachkräftemangels im Bausektor ist eine energetische Sanierung bis 2035 jedoch unrealistisch.

Zu Forderung 2 (Stadtentwicklung): Ja.

Eine Förderung von nachhaltigen Heizungssystemen gibt es bereits auf Bundesebene. Vor Ort halten wir eine zentrale Erstberatung für sinnvoll, um den komplizierten Förderdschungel zu verstehen.

Zu Forderung 3 (Stadtentwicklung): Im Prinzip Ja.

Es ist sinnvoll, auch die „graue Energie“ die beim Bauen entsteht, in die CO₂-Bilanz einzubeziehen. Ob sich Neubau lohnt oder ein Abriss sinnvoller ist, entscheidet sich jedoch im Einzelfall und sollte deswegen nicht durch neue Vorgaben vorbestimmt werden. Denn auch Härte- und Ausnahmegenehmigungen zu einer entsprechenden Regel bedeuten einen nicht unerheblichen bürokratischen Aufwand, der Wohnkosten unnötig in die Höhe treibt.

Ähnliches gilt für den Einsatz von nachhaltigen und klimafreundliche Bausubstanzen. Gerade weil in der Regel erst allmählich Folgewirkungen und die Gesamtökobilanz einzelner Materialien deutlich wird, verbieten sich technische Vorgaben für Baumaterialien.

Die Stadt kann bei eigenen Bauvorhaben Vorbild sein, indem sie bevorzugt auf Recycling und klimafreundliche Bausubstanzen setzt.

Zu Forderung 4 (Stadtentwicklung): Nein.

Um Wohnen bezahlbar zu halten wollen wir in Hamburg kein „Draufsatteln“ auf bereits bestehende Vorschriften für Neubauten. Zudem muss es eine Verlässlichkeit bei den baulichen Standards geben. Ständige Abänderungen der energetischen Standards haben bereits die Investition in die Sanierung von Heizungsanlagen gebremst, welche oft einen langen Zeitraum benötigen, um sich amortisieren. Sehr viel sinnvoller als die Abänderung technischer Vorgaben wäre es, möglichst schnell einen einheitlichen CO₂-Preis über die Ausweitung des Emissionshandels auf den Wärmesektor zu bekommen. Dies würde sowohl Innovation befördern als auch automatisch den Anreiz erhöhen, CO₂-effizient zu bauen.